

ASTA INFO

Nr 4

8. 11. 71

Informationen des Allgemeinen Studenten- ausschusses der Universität Hamburg

Hochschulpolitik im WS

Am Donnerstag, den 4. 11. diskutierte das Studentenparlament die hochschulpolitischen Schwerpunkte des nächsten Semesters. Es ging dabei aus von einer ausführlichen Einschätzung der allgemenpolitischen Situation, die in der übernächsten ZAS (Anfang Dezember) abgedruckt sein wird. Danach steht die verschärfte Rechtsentwicklung in der BRD in engem Zusammenhang mit der internationalen Lage.

KAMPF GEGEN DAS RECHTSKARTELL

Aufgrund der gewachsenen Stärke des sozialistischen Lagers, der demokratischen Bewegung in den imperialistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegungen konnten in der letzten Zeit wichtige konkrete Erfolge im Kampf für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den zwischenstaatlichen Beziehungen erzielt werden: die Unterzeichnung der Verträge von Moskau und Warschau, der Abschluß eines Abkommens über Westberlin, die Aufnahme der VR China in die UNO. Gegen diese Erfolge der fortschrittlichen Kräfte richtet sich die Hetze der reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals, die in der BRD politisch durch die CDU/CSU vertreten werden. Sie bekämpfen die partiellen Zugeständnisse des Imperialismus an das veränderte Kräfteverhältnis und setzen sich für eine Rückkehr zur Politik des Kalten Krieges und der militärischen Erpressung ein. Ihre Kampagne gegen die Verträge von Moskau und Warschau verbinden sie mit einer Verschärfung des innenpolitischen Rechtskurses. Um diese Kräfte zurückzudrängen, muß der Kampf für die Erweiterung der demokratischen Rechte der arbeitenden Bevölkerung und der lernenden und studierenden Jugend mit dem Friedenkampf verbunden werden.

ROLLE DER SPD/FDP-REGIERUNG

Aber auch die SPD/FDP-Regierung betreibt keine echte Friedenspolitik. Sie vertritt jene Kreise des westdeutschen Monopolkapitals, die zwar das gegenwärtige Kräfteverhältnis realistisch einschätzen und sich ihm aus taktischen Gründen und aus Interesse am Ost-Handel anpassen, die jedoch darauf spekulieren, daß durch partielle Zugeständnisse das sozialistische Lager gespalten und von innen geschwächt werden kann, sodaß das Kräfteverhältnis sich auf diese Weise zugunsten des Imperialismus ändert und eine Rückkehr zur Politik der Stärke ermöglicht wird. Denn das Klassenziel des Imperialismus ist nach wie vor die Beseitigung des real existierenden Sozialismus. Das ist die Ursache dafür, daß die "neue Ostpolitik" nicht von Abrüstungsmaßnahmen, sondern von forcierter Aufrüstung und Mobilmachung begleitet ist. Aufgrund dieses nach wie vor aggressiven Charakters des Imperialismus ist es notwendig, die Außenpolitik nicht "der Regierung zu überlassen", sondern anknüpfend an die partiellen außenpolitischen Zugeständnisse im Inneren der BRD eine Volksbewegung für den Frieden zu entwickeln, die die Ratifizierung der Verträge, die baldige Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die genauso wie die VR China endlich in die UNO muß, zu erkämpfen hat.

KAMPF UM FRIEDEN MIT DEM KAMPF UM DEMOKRATIE UND SOZIALE REFORMEN VERBINDEN

Dieser Friedenskampf muß verbunden werden mit dem Kampf um soziale Reformen und die Erweiterung demokratischer Rechte im Innern. Auch die inneren Widersprüche des Imperialismus verschärfen sich, Erhöhte Arbeitsplatzunsicherheit und Arbeitslosigkeit, Inflation als Dauerzustand, chronische Währungskrisen und die Abwälzung der Folgen imperialistischer Politik auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung stoßen auf den zunehmenden Widerstand der Arbeiterklasse und anderer Klassen und Schichten mit antimonopolistischen Interessen. Um sich auf die Zuspitzung des Klassenkampfes im Inneren vorzubereiten, perfektioniert die Reaktion ihre Notstandsplanung, betreibt sie die weitere Zentralisierung der politischen Macht und den Abbau demokratischer Rechte. Diesen Formierungsmaßnahmen müssen wir unseren Kampf um Mitbestimmung, um die Erweiterung der demokratischen Rechte der arbeitenden Bevölkerung entgegensetzen. Auch der Kampf um materielle Verbesserungen, z.B., um die bessere materielle Ausstattung des Bildungswesens, um eine strukturelle Reform des Bildungswesens, um bessere gesundheitliche Versorgung, um bessere Ausbildungsförderung um Fahrpreissenkungen, etc. ist antifaschistischer Kampf, denn er muß sich, wenn er überhaupt erfolgreich sein will, gegen die hohen Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt richten. Eine andere Quelle zur Finanzierung dringend notwendiger sozialer Reformen gibt es nicht. Steuererhöhen für die arbeitende Bevölkerung lehnen wir ab.

DIE BILDUNGS- UND HOCHSCHULPOLITISCHE SITUATION

Die Situation im Bildungswesen ist zur Zeit vor allem durch zweierlei gekennzeichnet: 1. Durch die Verschärfung der materiellen Notsituation des Bildungswesens und die Unfähigkeit des westdeutschen Imperialismus, eine strukturelle Bildungsreform durchzuführen, so wie sie noch im Bildungsbericht der Bundesregierung propagiert wurde. (Integrierte Gesamtschule und Gesamthochschule.) Eine solche Bildungsreform hätte durchaus im langfristigen Interesse des Monopolkapitals an der Aufrechterhaltung seiner Konkurrenzfähigkeit unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution gelegen. Die Verschärfung der internationalen Widersprüche, die imperialistische Finanzkrise und die mit dem forcierten Rechtskurs in der BRD verbundene Militarisierung und Mobilmachung haben jedoch dazu geführt, daß der monopolkapitalistische Staat die Pläne zu einer umfassenden strukturellen staatsmonopolistischen Bildungsreform aufgegeben hat zugunsten von kurz- bis mittelfristig zu realisierenden Sofortprogrammen, die die schwerwiegendsten Mängel beheben sollen. Die CDU/CSU hat sich mit ihren bildungspolitischen Vorstellungen gegenüber der SPD durchgesetzt. Die absolute Priorität und Unantastbarkeit des Rüstungshaushalts bleibt gewahrt. 2. Mit der Verschärfung der Widersprüche im Bildungswesen und im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Faschisierungstendenzen verschärft sich auch die Rechtsentwicklung im Hochschulbereich und im gesamten Ausbildungssektor. Die Versuche zur Ausweitung der Kriegsforschung, die geplanten Bundeswehr-Universitäten und die Versuche einer Einflußnahme der Bundeswehr auf den Sozialkundeunterricht in den Schulen sind Anzeichen dafür. Am zur Zeit gravierendsten ist das offen repressive und rechtswidrige Vorgehen gegen Kommunisten und Demokraten im Hochschul- und Schulbereich, wie es sich in den Fällen Holzer, Henne, Laux, Marion Nürnberg u.a. zeigt. Entsprechend dieser Einschätzung haben wir unsere hochschulpolitischen Schwerpunkte für das WS 71/72 bestimmt.

RUNTER MIT DER RÜSTUNG - MEHR GELD FÜR DIE BILDUNG

Wir beteiligten uns an der Gründung und an der Arbeit des "Initiativkreises Bildungsnotstand", eines Bündnisses aller hamburger ASTen, des hamburger Schülerparlaments und anderer Schülervertretungen, einzelner Elternvertreter und Lehrer, sowie einiger in der Bildungspolitik aktiver Organisationen (DFU-Lehrergruppe, DKP-Lehrergruppe, SHB, MSB SPARTAKUS, Marxistischer Schülerbund Hamburg). Dieser Initiativkreis organisiert und propagiert in allen Teilen des Ausbildungssektors Veranstaltungen zum Bildungsnotstand und zur Rechtsentwicklung im Bildungswesen. Höhepunkt dieser Kampagne soll eine große Demonstration Ende November sein mit der Hauptlosung "Runter mit der Rüstung - Mehr Geld für die Bildung". Sie soll sich richten gegen NC, Lehrermangel, Schulraummangel, gegen Ausbildung im Interesse der Monopole, gegen die geplante Hochschulformierung durch das HRG, gegen

die Diskriminierung von Demokraten im Ausbildungssektor, kurz: gegen den materiellen und geistigen Bildungsnotstand. Folgende wichtige zentrale Veranstaltungen sind geplant:

- 12.11. AUDI MAX "Für wen gilt das Grundgesetz?" Holzer, Henne, Laux - Wer ist der Nächste?"
- 22.11. AUDI MAX Zur materiellen Notsituation im hamburgischen Bildungswesen
- 23.11. AUDI MAX Körper-Tribunal. Zur Verflechtung von Ausbildung und Monopolinteressen.
- 24.11. Mitbestimmung über Lehrinhalte - denn auf den Inhalt kommt es an.
- Ende November: Demonstration.

INTERNATIONALISMUS

In der Internationalismusarbeit haben wir uns für das WS zwei Schwerpunkte gesetzt: 1. Das INDOCHINAHEARING, das bereits am 22.10. stattgefunden hat. Ein Bericht darüber ist in der ZAS.

2. Die Gestaltung eines gemeinsamen Seminars des vds mit dem Internationalen Studentenbund (IUS) zum Thema: "Für eine Universität und Wissenschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung" im Januar 72. Zu diesem Seminar werden Teilnehmer aus 40 Ländern erwartet. Es wird von einem Rahmenprogramm mit Teach-Ins und kulturellen Veranstaltungen begleitet sein und mit einer internationalen Solidaritätsdemonstration abschließen.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Alle Aktionen werden angekündigt, vorbereitet und ausgewertet in der ZAS, die wir in Zusammenarbeit mit den ASTen der anderen hamburgischen Hochschulen jetzt regelmäßig alle drei Wochen herausgeben. Zu brennend aktuellen Fragen, zur kurzfristigen Ankündigung von Veranstaltungen und Aktionen, sowie zur propagandistischen Untermauerung bestimmter ZAS-Artikel werden wie bisher ASTA-INFOS erscheinen. Ferner wird der ASTa in den Weihnachtsferien das im vorigen Semester veröffentlichte Aktionsprogramm überarbeiten, in dem unsere Hochschulpolitik dargestellt und abgeleitet wird. Es wird im Januar der Studentenschaft zur Diskussion vorgelegt werden.

ZUM SCHLUSS NOCH EINIGE WORTE ZUM VERHALTEN DER LINKSSEKTIERER

Der Beginn des WS hat deutlich gemacht, daß der harte Kern der hamburgischen Linkschauten, der die Spaltungen der Semesterferien überstanden hat, gewillt ist, die gescheiterte Politik des letzten Semesters auf noch niedrigerem Niveau fortzusetzen. Während große Teile ihrer früheren Mitglieder und Sympathisanten sich von ihnen abgewandt haben und sich aufrichtig um eine politische Auseinandersetzung mit den Hochschulgruppen, die den ASTa stellen, bemühen, ist es der übriggebliebenen Restfraktion auch dieses Semester wieder gelungen, eine Reihe politisch unerfahrener Erstsemester mit ihren alten falschen, schon hundertmal widerlegten Parolen anzulocken. Dieser Tatbestand ist nicht verwunderlich, denn der Sozialismus ist eine Wissenschaft, deren Aneignung eine langwierige und kontinuierliche Selbsterziehung voraussetzt. Das spontane Bewußtsein ist bürgerliches Bewußtsein, und ein kritischer junger Linker wird sich meistens, bevor er sich ernsthaft dem Marxismus zuwendet, zuvor spontan den Linkssektierern anschließen. Diesen Weg sind auch viele von uns gegangen. Bei allem Verständnis für die Mitläufer kann man jedoch das überaus schädliche Wirken dieser Gruppen nicht übersehen. Ohne selbst auch nur den blassen Schimmer einer hochschulpolitischen Programmatik entwickeln zu können, sabotieren, denunzieren und diffamieren sie ununterbrochen die Politik des ASTa und tragen so Spaltung und Verwirrung in die Studentenschaft hinein. Da sie der politischen Argumentation des ASTa und der ihn tragenden Gruppen nichts entgegensetzen können, sehen sie ihre eigene Existenzberechtigung offensichtlich nur noch darin, gegen den ASTa und das Studentenparlament anzurennen und seine Arbeit zu blockieren und lahmzulegen. Den Gipfel erreichte ihre Verantwortungslosigkeit als sie auf der letzten Sitzung des Studentenparlaments, in dem sie seit der letzten Wahl kaum noch vertreten sind, den Antrag stellten, daß nicht nur die gewählten Mitglieder des Studentenparlaments, sondern auch die "Öffentlichkeit" bei Geschäftsordnungsanträgen abstimmungsberechtigt sein solle. Auf diese Art und Weise tragen sie zur Untergrabung und Schwächung der studentischen Selbstverwaltung bei und arbeiten der Monopolbourgeoisie direkt in die Hände, die seit langem darauf hinarbeitet, die studentische Selbstverwaltung zu zerschlagen.

In die gleiche Richtung zielt die Herausgabe eines gefälschten ASTA-INFOS anlässlich der Amnesty-Veranstaltung zu den 2500-Jahrfeiern in Persien. Wenn der Asta in irgendeinem Punkt nach Ansicht irgendeiner Hochschulgruppe eine falsche Politik macht, so steht es dieser Gruppe frei, sich dazu in hunderterten von Flugblättern zu äußern. Solche Flugblätter hat es immer gegeben. Was jedoch nicht geht, was die Organe der verfaßten Studentenschaft schwächt und was wir deshalb auch unterbinden müssen, das ist die Herausgabe von gefälschten ASTA-INFOS. Wenn solche Sitten einreißen, dann kann in einigen Semestern kein Student mehr die Veröffentlichungen seiner gewählten Vertretung ernst nehmen, ganz gleich, welche politischen Hochschulgruppen den Asta tragen. Deshalb hat der Asta gegen diese Fälschung eine einstweilige Verfügung angestrengt. Da dieser Schritt von den Linkssektierern sofort begierig aufgegriffen wurde und dargestellt wurde als ein Ingangsetzen der bürgerlichen Justizmaschinerie gegen ein armes linkes Würmchen, sei hier kurz dargestellt, was konkret damit verbunden ist. Eine einstweilige Verfügung ist keine Strafmaßnahme. Sie hat zur Folge, daß die gefälschten ASTA-INFOS nicht weiter verbreiten werden dürfen, daß der Herausgeber die Kosten der einstweiligen Verfügung trägt (Notarkosten) und daß im Wiederholungsfall eine Strafe erhoben werden kann. Und eben diesen Wiederholungsfall galt es zu verhindern. Der Verfasser hatte bereits gegenüber Vertretern der Fachschaft Mathe/Physik angekündigt, daß er auch in Zukunft gewillt sei, ASTA-INFOS herauszugeben zu allen Fragen, zu denen der Asta seiner Ansicht nach Stellung nehmen müßte. Größenwahn, durch nichts legitimierte Anmaßung, Verachtung der gewählten Organe der Studenten und damit auch Verhöhnung des politischen Willens der Mehrheit der studentischen SP-Wähler können nicht besser demonstriert werden. Der politische Skandal besteht nach Meinung des Asta nicht in der einstweiligen Verfügung, sondern darin, daß es an der hamburgischen Universität Gruppen gibt, die es offensichtlich nötig haben, die Autorität der Institution Asta zu mißbrauchen, um überhaupt noch auf Resonanz in der Studentenschaft zu stoßen. In dieser Auffassung wurde der Asta am Donnerstag ausdrücklich vom Studentenparlament bestätigt.

Hrsg. Asta

Verantwortlich: Beate Landefeld (Vorstand)